

„Beste Bildung für Österreichs Zukunft“ – das Bildungskonzept der Industriellenvereinigung
18. Mai 2015, 18.30 Uhr GRG 3, Radetzkystraße

Im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung der Initiative Bildung grenzenlos wird das Bildungskonzept der Industriellenvereinigung von **Univ. Prof. Dr. Ferdinand Eder** vorgestellt und analysiert. **Eder** gibt zunächst einen geschichtlichen Überblick über die Schulreformen seit 1962. Ab den 70er Jahren gab es immer wieder Schulversuche, die auf die Errichtung einer Gesamtschule abzielten, aber letztlich nur Reformen der Hauptschule waren. Ab den 90er Jahren wurde den Schulen eine beschränkte Autonomie gewährt. Durch den PISA Schock der Jahre 2002 und 2005 kam es zur Einrichtung einer Zukunftskommission und der Einführung von Bildungsstandards. Der 2008 begonnene Schulversuch Neue Mittelschule stellt auch nur eine Hauptschulreform dar.

Untersuchungen bei Gesamtschulversuchen in Deutschland zeigten, dass nicht das System ausschlaggebend für den Bildungserfolg sei, sondern wie gut oder schlecht am einzelnen Standort gearbeitet werde. Ein zwei- oder dreigliedriges System setze nicht auf Unterstützung sondern auf Aussonderung. Die Struktur definiere das Image einer Schule und damit die Attraktivität für die Eltern. AHS Lehrer/innen sollten aber nicht das Recht auf eine „angenehmer zu unterrichtende Schülerschaft“ haben.

Eder hebt dann die einzelnen Punkte des Konzepts der Industriellenvereinigung hervor: starke Autonomie, externe Qualitätskontrolle, Bildungspflicht statt Unterrichtspflicht, inklusive Struktur, Startschuljahr, Aufteilung der neun Schuljahre in drei Phasen, Gesamtschule mit innerer Differenzierung, mittlere Reife mit 14.

Bei der mittleren Reife mit 14 sieht er eine Diskrepanz zum internationalen Trend.

Folgende Problempunkte des österreichischen Schulwesens würden durch das Konzept gemildert: hohe Kosten bei geringem Ertrag, herkunftsbedingte Einflüsse, Leistungsunterschiede innerhalb der Schularten, ungleiche Anforderungen für Berechtigungen, Restschulen bzw. Restklassen, Entstehung von Risikogruppen.

Andere Problempunkte würden gelöst bzw. wesentlich entschärft werden: regionale Unterschiede, Gängelung der Lehrer/innen, frühe Auslese, mangelnde Validität der Noten, nachteilige Folgen der Leistungsgruppeneinteilung, Mangel an Förderung.

Keine Veränderung würde es bei Motivations- oder Verhaltensproblemen von Schüler/innen geben.

Eder sieht bei der IV starke Signale in Richtung eines echten Bildungskonzeptes. Es fehlten allerdings klare Vorstellungen zur Leistungsbeurteilung und zu Klassenwiederholungen, zur Arbeit der Schulleitungen und der regionalen Einteilung. Irritierend könnten die mittlere Reife mit 14 und das vorschulische Berufsschuljahr vor dem Eintritt in die Lehre sein. Außerdem fehlten beim Bildungsbegriff die kulturell/gesellschaftlichen Aspekte, aber im Großen und Ganzen sieht Eder im Konzept ein konsistentes, national und international anschlussfähiges Modell.

An der **Podiumsdiskussion** unter der Leitung von HR Mag. Heidi Schrodtt von Bildung grenzenlos und Mag. Florian Sobanski vom BMBF nehmen neben Ferdinand Eder, Dr. Christian Friesl von der IV, Mag. Isabella Leeb, Bildungssprecherin der ÖVP Wien und SC Kurt Nekula vom BMBF teil.

Leeb meint, es könne im Bildungsbereich so nicht weitergehen, da viele Jugendliche auf der Strecke bleiben. Es sei viel versäumt worden, es geben keine Qualitätskontrollen. Die größten Probleme gebe es nach der Volksschule, bei einer Gesamtschule würden sich diese nur zu den 14jährigen verlagern. Die mittlere Reife mit 14 sieht sie auch skeptisch.

Laut **Nekula** brauchen 20% der Kinder nach der Volksschule intensive Förderung. Bei den Bildungsstandards sei eine leichte Aufwärtstendenz bemerkbar. Eine intensive Zusammenarbeit zwi-

schen Kindergarten und Volksschule sei wünschenswert, führe allerdings manchmal dazu, dass plötzlich mehr Kinder als noch nicht schulreif erklärt werden.

Friesl verweist auf die Kombination von Autonomie und Verantwortung im Konzept der IV. Den Lehrer/innen werde die „Schule zurückgegeben“. Die Bildungspflicht daure so lange bis jedes Kind sein Ziel erreicht habe. Bei der mittleren Reife soll eine Projektarbeit und Prüfung gemacht werden. Wenn der gesellschaftspolitische Aspekt im Konzept zu wenig wahrgenommen werde, müsse dort nachgebessert werden.

Durch die Einbeziehung des **Publikums** werden folgende Themen angesprochen:

- Schule wird vorwiegend unter dem Aspekt diskutiert, wie es den Lehrer/innen geht
- warum erhalten die Kinder und Jugendlichen, die eine intensive Förderung brauchen, diese nicht?
- Jedes Kind hat ein Recht auf die ihm gemäße Unterstützung
- Was passiert mit Jugendlichen, die die mittlere Reife nicht zeitgerecht schaffen?
- Der technische Bereich wird in der Schule oft komplett ausgeblendet
- Im Kindergarten muss angesetzt werden, der Übergang zur Volksschule muss auch bürokratisch einfacher werden.
- Man muss bedenken, dass manche Eltern ihren Kindern nicht helfen können
- Der Unterricht ist nicht immer zeitgemäß, auch jüngere Lehrer/innen wenden seltsame Methoden an und lassen z.B. unruhige Kinder Texte von der Tafel abschreiben.
- Realpolitisch gesehen, wird es auch in Zukunft nicht mehr Geld geben. Die Standorte nützen ihre Möglichkeiten aber oft nicht aus

Nekula verweist auf die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Elementarpädagogik und Schule, die entbürokratisiert werden müsse. Die Förderung muss standortspezifisch erfolgen, die Lehrer/innen müssten herausfinden, welche Kinder wie am besten gefördert werden können. Die Heterogenität im Leben müsse in der Schule abgebildet werden. Risikogruppen bestünden zu zwei Dritteln aus Kindern ohne Migrationshintergrund. Wo das Konzept der Neuen Mittelschule tatsächlich umgesetzt werde, sei es erfolgreich. Qualitätssicherung müsse verpflichtend werden. Extrem wichtig in der Schule sei die Beziehungsfähigkeit: Lehrer/innen und Schüler/innen müsse es gut gehen, nur dann könnten sich Erfolge zeigen.

Leeb sieht das größte Problem zwischen Kindergarten und Volksschule. Sie warnt vor dem explosionsartigen Anwachsen von Kindergartengruppen, die keiner Qualitätskontrolle unterliegen. Auf diese Weise würden Sprachinseln entstehen, denn in diesen Gruppen werde nicht deutsch gesprochen. Geld gebe es genug, es komme aber nicht im Klassenzimmer an. Die Bildungspolitik werde tatsächlich stark von der Lehrgewerkschaft dominiert.

Eder wünscht sich einen neuen Geist in der Lehrer/innenbildung. Da aber die Studierenden vor allem aus dem Bereich der AHS und BAKIP kämen in denen sehr traditionell unterrichtet werde, sei das schwierig. Der technische Bereich liefere keine Lehramtskandidat/innen, daher komme die Technik in der Schule so wenig vor.

Friesl glaubt nicht, dass die Pädagog/innenbildung neu hilfreich für die Umsetzung des IV Konzepts sein könne. Zu groß wären auch die Diskrepanzen zwischen Universität und Pädagogischer Hochschule. Er werde alle Diskussionspunkte in sein Gremium einbringen.

Dr. Christine Krawarik